506153-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Baureifmachung – Los 1 - Baufeldfreimachung
OJ S 139/2026 22/07/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Sächsische Binnenhäfen Oberelbe GmbH
E-Mail: vergabe@list.sachsen.de
Tätigkeit des Auftraggebers: Hafeneinrichtungen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Los 1 - Baufeldfreimachung
Beschreibung: Los 1 - Baufeldfreimachung
Kennung des Verfahrens: 019e72a1-28d6-4d6d-910c-cc05b7801e0a
Interne Kennung: BL-25-007-SBO
Verfahrensart: Offenes Verfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen
Haupteinstufung (cpv): 45100000 Baureifmachung

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Riesa
Postleitzahl: 01591
Land, Gliederung (NUTS): Meißen (DED2E)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Im Rahmen dieser Veröffentlichung bezieht sich die Formulierung „Bieter“ sowohl auf Einzelbieter als auch gleichermaßen auf die Mitglieder einer Bieter-/Arbeitsgemeinschaft sowie die zugehörigen Unterauftragnehmer oder Eignungsleihenden. Der Bieter hat seine Identität sowie Verantwortlichkeit für die Erbringung einzelner Leistungsteile zweifelsfrei darzustellen, indem er, soweit erforderlich, die beigefügten Formulare über die Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (VHB-Formblatt 234), das Verzeichnis der Leistungen / Kapazitäten anderer Unternehmen (VHB-Formblatt 235) vollständig ausgefüllt und durch den Bevollmächtigten bestätigt, mit dem Angebot vorlegt. Bei der Darstellung der in der Eigenerklärung zur Eignung geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise beziehen sich diese jeweils auf den Leistungserbringer. Im Falle der Leistungserbringung durch Mitglieder einer Bieter-/Arbeitsgemeinschaft, Unterauftragnehmer oder Eignungsleihende sind die Erklärungen entsprechend der Leistungsteile abzugeben. Der Bieter ist somit nur geeignet, wenn die von ihm benannten Leistungserbringer den Anforderungen für die übernommenen Leistungen genügen. Werden die gestellten Anforderungen oder Bedingungen nicht erfüllt, wird das Angebot ausgeschossen. Ein Verweis

auf frühere Angebote reicht nicht aus. Die Leistungserbringenden und das gemäß Angebot benannte Personal sind bindend. Für alle genannten Kriterien gilt: Unternehmen, die in den Präqualifizierungsdatenbanken https://amtliches-verzeichnis.ihk.de oder http://www.pq-verein.de bzw. einer anderen für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Einreichung eines Angebotes durch Angabe der Registrierungsnummer und/oder des Zugangscodes angeben. Sofern Angaben/Erklärungen /Nachweise gefordert werden, die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nicht in den Präqualifizierungsdatenbanken enthalten sind, sind diese ergänzend mit dem Angebot einzureichen. Bitte beachten Sie, dass im Falle der Bezugnahme auf die Präqualifikation, Angaben/Erklärungen/Nachweise (insbesondere vergleichbare Referenzen und deren Anzahl), die in den Präqualifizierungsdatenbanken enthalten sind, aber nicht den Mindestanforderungen entsprechen, nicht nachgefordert werden können. Die PQ-Informationen ergänzende Angaben/Erklärungen/Nachweise sind daher zusätzlich mit dem Angebot einzureichen. Die Erläuterungen zur Präqualifikation gelten für alle geforderten Erklärungen und Nachweise. Von ausländischen Bietern oder ausländischen Mitgliedern der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft oder ausländischen Unterauftragnehmer/Eignungsleihende werden für alle benannten Angaben, Erklärungen und Nachweise entsprechend gleichwertige verlangt. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Spätestens im Zuge der Auftragserteilung hat der Bieter ggf. auch Auskunft über die Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des beauftragten Unternehmens zu erteilen. Im Rahmen der elektronischen Übermittlung des Angebots kann bei Unterlagen, die eine Zeichnung erfordern, der Erklärende in Textform angegeben werden. Ist bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar, wird das Angebot ausgeschlossen. Die Vergabestelle behält sich vor, Erklärungen als Original nachzufordern. Insbesondere gilt dies für Erklärungen von Personen, welche nicht mit dem Einreichenden identisch sind, bspw. Mitglieder der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft, Unterauftragnehmer und Eignungsleihende. Mit dem Angebot sind Angaben und Erklärungen gemäß Eignungskriterien einzureichen sowie die folgenden Angaben und Erklärungen: - VHB-Formblatt 221 - Preisermittlung bei Zuschlagskalkulation oder VHB-Formblatt 222 - Preisermittlung bei Kalkulation über die Endsumme - soweit erforderlich VHB-Formblatt 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft - soweit erforderlich VHB-Formblatt 235 – Verzeichnis der Leistungen / Kapazitäten anderer Unternehmen Auf gesondertes Verlangen sind folgende Nachweise vorzulegen: - VHB-Formblatt 223 - Aufgliederung der Einheitspreise: Die Aufgliederung muss für alle Teilleistungen erfolgen, unabhängig davon, ob sie vom Bieter oder einem Nachunternehmer erbracht werden. - VHB-Formblatt 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen - Urkalkulation Informationserfordernisse: Der Bieter hat mit dem Angebot eine "Eigenerklärung Eignung" mit Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung, eine Bestätigung über die Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft sowie eine Eigenerklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 bzgl. der Terrorismusfinanzierung vorzulegen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes oder eine Bescheinigung in Steuersachen und eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorzulegen. Der Auftraggeber (AG) wird von dem Bieter, dessen Angebot beauftragt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 WRegG anfordern. Mit der Ausführung ist spätestens 12 Werktage nach Zugang des Auftragsschreibens zu beginnen. Die Leistung ist bis 28.05.2027 zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen). Weitere Einzelfristen gem. Vergabeunterlagen. Rechtzeitig beantragte Auskünfte werden spätestens 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist (bis einschließlich 12.08.2026) erteilt.

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/25/EU
sektvo -
Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: Es liegt kein grenzüberschreitender Auftragsbezug im Sinne von Applicable CrossBorderLaw vor. Der Auftrag wird ausschließlich nach deutschem Recht vergeben.

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Zwingend erfolgt ein Ausschluss nach § 123 GWB, wenn dem Bieter das Verhalten einer Person zuzurechnen ist, die rechtskräftig verurteilt oder gegen den Bieter eine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland); 2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 StGB zu begehen; 3. § 261 StGB (Geldwäsche); 4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union (EU) oder gegen Haushalte richtet, die von der EU oder in ihrem Auftrag verwaltet werden; 5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EU oder gegen Haushalte richtet, die von der EU oder in ihrem Auftrag verwaltet werden; 6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen); 7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern); 8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete); 9. Artikel 2 § 2 IntBestG (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 10. den §§ 232, 232a Abs. 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Bieter zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung. Ein Ausschluss kann nach § 124 GWB aufgrund von Kriterien erfolgen, die im Bezug zur persönlichen Situation der Bieter stehen. Das ist der Fall, wenn 1. der Bieter bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat; 2. der Bieter zahlungsunfähig ist, über das Vermögen ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich der Bieter im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat; 3. der Bieter im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Bieters infrage gestellt wird; 4. der öffentliche AG über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass der Bieter mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken; 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Verfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen AG tätigen Person bei der

Durchführung des Verfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann; 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass der Bieter bereits in die Vorbereitung des Verfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann; 7. der Bieter eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat; 8. der Bieter in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder 9. der Bieter a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen AGs in unzulässiger Weise zu beeinflussen b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Verfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen AGs erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. Es handelt sich um Ausschlussgründe, die bei Vorliegen optional zum Ausschluss führen. D.h., es wird im Einzelfall geprüft, ob die Situation des Bieters eine Beauftragung ausschließt. Informationserfordernisse: Bieter hat mit dem Angebot eine "Eigenerklärung Eignung" abzugeben, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt. Wurde ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt oder eine Selbstreinigung gem. § 125 GWB durchgeführt, sind auf Verlangen geeignete Nachweise vorzulegen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Baufeldfreimachung
Beschreibung: Kurzbeschreibung: Das Gesamtprojekt umfasst den Neubau eines KV-Terminals im Hafen Riesa. Bei der vorliegenden Ausschreibung handelt es sich um Leistungen der Baufeldfreimachung und Gebäudeabbruch innerhalb des Terminalbereiches im Hafengelände-Süd; Beschreibung der Leistungen nach Art und Umfang: - Abbruch von 3 Gebäuden: Lokschuppen / Werkstatt: 4.100 m3, Schuppen C: 5.500 m3, Trafostation: 230 m3 - Teilabbruch Halle A / Kaltlagerhalle 1 (25 m x 32m = 800 m²), inkl. Baustelleneinrichtung etc. - Teilabbrüche / Aufnahme Flächenbefestigung und Recycling, insb. westl. Lagerhalle 1, unbewehrte 22 cm dicke Betondecke (33 m x 28,4 m = 937,2 m2) und am Standort S 1 Recycling (ehemals Abbruch & Recycling Dresden GmbH, u.a. unbewehrte 25 cm dicke Betondecke) - Rückbau Betonwände, Mauereinfriedungen - Rückbau Straßen und Gehwege, u.a. ca. 1.500 m2 Asphaltbetondecke 4 cm - Gleisrückbau Terminal (ca. 890 m Gleise) - sonstige Abbrüche (z. B. Kranschienen, Pflasterung, Betonschwellen, Schächte, Findlinge) - Freischnitt / Rodung, (z. B. Baumfällung, Strauch- u. Wurzelstockbeseitigung), - Beseitigung und Entsorgung von Haufwerken - Tiefbauleistung für Archäologie; Weitere Angaben gemäß Leistungsbeschreibung in den Vergabeunterlagen.
Interne Kennung: LOT-0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen
Haupteinstufung (cpv): 45100000 Baureifmachung

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Riesa

Postleitzahl: 01591
Land, Gliederung (NUTS): Meißen (DED2E)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 7 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung
Kriterium: Eintragung in das Handelsregister
Beschreibung des Eignungskriteriums: Zum Nachweis Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, hat sich der Bieter mit dem Angebot über eine Eintragung in das zuständige Handelsregister bzw. einem vergleichbaren Register des Herkunftslandes (Betriebssitz des Unternehmens) zu erklären oder dass er zu so einer Eintragung nicht verpflichtet ist. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen einen Nachweis dessen (Handelsregisterauszug oder gleichwertig) vorzulegen.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister
Beschreibung des Eignungskriteriums: Zum Nachweis Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, hat sich der Bieter mit dem Angebot über eine Eintragung in das zuständige Berufsregister bzw. einem vergleichbaren Register des Herkunftslandes (Betriebssitz des Unternehmens) zu erklären oder dass er zu so einer Eintragung nicht verpflichtet ist. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen eine Gewerbeanmeldung, einen Nachweis der Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) oder bei der Industrie- und Handelskammer bzw. einem vergleichbaren Register des Herkunftslandes vorzulegen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung
Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bieter hat sich gegen sämtliche mit der Abwicklung des Auftrages zusammenhängende versicherbaren Risiken zu versichern. Dabei dürfen folgende Versicherungssummen je Schadensfall nicht unterschritten werden: - 3.000.000 € für Personen- und Sachschäden und 250.000 € für Vermögensschäden im Rahmen einer Haftpflichtversicherung - Umweltschäden nach dem Umweltschadensgesetz sind von der Haftpflichtversicherung einzuschließen - Maximierung der Ersatzleistungen min. 2-Faches der Versicherungssummen. Durch den Bieter ist auf gesondertes Verlangen der Nachweis über eine bestehende Versicherung bzw. eine entsprechende Zusicherung der Versicherung im Auftragsfall zu erbringen.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz
Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bieter hat sich mit dem Angebot über seinen Jahresumsatz bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre (brutto) zu erklären, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen Mindestanforderung: Mindestjahresumsatz (Geschäftsjahr) größer oder gleich 3.000.000 EUR (brutto) einschließlich Mindestumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags abgedeckten Bereich größer oder gleich 3.000.000 EUR (brutto).

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten
Beschreibung des Eignungskriteriums: Ausführung von Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen Nachweise für 3 geeignete Referenzen aus den letzten 5 Kalenderjahren vorzulegen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Als vergleichbare Leistungen werden anerkannt: - 1x Abbruchleistungen von Gebäuden mit innerstädtischer Lage in einem umbauten Raum von mindestens 3.000 m3 - 1x Entsorgung von mind. 500 m3 Bauschutt - 1x Abbruch von Bauwerken/Gebäuden mit Asbest Die Referenznachweise müssen mindestens folgende Angaben beinhalten: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung.

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten
Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Bieter hat mit dem Angebot die Personen zu benennen, welche die Arbeiten mit Asbest ausführen. Weiterhin ist anzugeben ob diese Personen für den Bieter, als Mitglied der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft oder als anderes Unternehmen tätig sind. Durch den Bieter sind auf gesondertes Verlangen gültige Qualifikationsnachweise für Arbeiten mit Asbest , Sachkundenachweis nach TRGS 519 (Technische Regeln für Gefahrstoffe), Anlage 4C / Modul 2) für alle mit dem Angebot benannten Personen (ggf. durch Fortbildungen gemäß Anlage 5 aktualisiert) nachzuweisen.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft
Beschreibung des Eignungskriteriums: Durch den Bieter ist auf gesondertes Verlangen die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal anzugeben.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe
Beschreibung des Eignungskriteriums: Beabsichtigt der Bieter einen Unterauftrag zu erteilen oder sich der Eignungsleihe zu bedienen, sind dem Angebot die entsprechenden Formulare mit Angaben zu den Auftragsteilen beizulegen (VHB-Formblatt 235) und auf gesondertes Verlangen die Verpflichtungserklärungen (VHB-Formblatt 236) einzureichen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: 100 % Preisbewertung

Beschreibung: Der Bieter hat mit dem Angebot die geforderten Angaben zu Preisen mit höchstens drei Nachkommastellen vorzulegen. Der Preis (in €, netto) wird ermittelt aus der Wertungssumme des Angebotes. Die Wertungssumme (in €, netto) wird ermittelt aus der nachgerechneten Angebotssumme.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.evergabe.de/unterlagen/019e72a1-28d6-4d6d-910c-cc05b7801e0a/zustellweg-auswaehlen

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: https://www.evergabe.de/unterlagen/019e72a1-28d6-4d6d-910c-cc05b7801e0a/zustellweg-auswaehlen

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 18/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von unternehmens- oder leistungsbezogenen Unterlagen ist gem. § 51 Abs. 2 SektVO möglich. Gemäß § 51 Abs. 3 SektVO ist die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, welche die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ausgeschlossen. Nach Aufforderung nicht vorliegende geforderte Erklärungen oder Nachweise führen zum Ausschluss.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Geforderte Kautionen und Sicherheiten: Sicherheit für Vertragserfüllung gem. § 17 VOB/B ist in Höhe von 5 % der Brutto-Auftragssumme zu leisten; Sicherheit für Mängelansprüche gem. § 17 VOB/B ist in Höhe von 3 % der bis zum Zeitpunkt der Abnahme geleisteten Abschläge zu leisten. Bei Stellung einer Bürgschaft sind die Formblätter 421 und 422 zu verwenden.

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

Finanzielle Vereinbarung: Abschlagszahlungen und Schlusszahlung nach VOB/B und Weitere Besondere Vertragsbedingungen. Es besteht die Möglichkeit die Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz mit dem Angebot einzureichen.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gem. § 160 Abs. 1 GWB wird ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag eingeleitet. Auf die Unzulässigkeit eines solchen Antrages gem. § 160 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB (Rügeobliegenheit gegenüber dem Auftraggeber, Rügeobliegenheit gegenüber zuständiger Stelle für Nachprüfungsverfahren nicht mehr als 15 Kalendertage nach Eingang des Nichtabhilfeschreibens auf eine Rüge) wird hingewiesen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: LISt Gesellschaft für Verkehrswesen und ingenieurtechnische Dienstleistungen mbH

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: LISt Gesellschaft für Verkehrswesen und ingenieurtechnische Dienstleistungen mbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: LISt Gesellschaft für Verkehrswesen und ingenieurtechnische Dienstleistungen mbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Sächsische Binnenhäfen Oberelbe GmbH
Registrierungsnummer: DE140300361
Postanschrift: Magdeburger Str. 58
Stadt: Dresden
Postleitzahl: 01067
Land, Gliederung (NUTS): Dresden, Kreisfreie Stadt (DED21)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@list.sachsen.de
Telefon: 000

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: LISt Gesellschaft für Verkehrswesen und ingenieurtechnische Dienstleistungen mbH
Registrierungsnummer: 14-0706002LASUV07-27
Postanschrift: Ernst-Thälmann-Straße 5
Stadt: Hainichen
Postleitzahl: 09661
Land, Gliederung (NUTS): Mittelsachsen (DED43)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@list.sachsen.de

Telefon: 000
Rollen dieser Organisation:
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003
Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
Registrierungsnummer: DE287064009
Postanschrift: Braustraße 2
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04107
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Telefon: +49 3419773800
Internetadresse: https://www.lds.sachsen.de
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004
Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: 019e72a3-5785-4a7f-aa13-0099af33e6b2-01
Hauptgrund für die Änderung: Aktualisierte Informationen
Beschreibung: Aktualisierung entsprechend Teilnehmer-Fragen-Katalog vom 20.07.2026

10.1. Änderung
Abschnittskennung: PROCEDURE

10.1. Änderung
Abschnittskennung: LOT-0001

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 019f7f39-6a18-4dd6-a1cc-ebc2ed3e8b2a - 01
Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 17
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 20/07/2026 15:01:14 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 506153-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 139/2026
Datum der Veröffentlichung: 22/07/2026